

Der Bundesrat beobachtet Hanfboom ganz entspannt

SVP-Politiker wollen nicht einfach weiter zuschauen, rennen mit ihren Bedenken und Forderungen aber an

VON DANIEL BALLMER

«Der Bund handelt blauäugig und nonchalant», ärgert sich Thomas de Courten. Der boomende Markt mit Cannabidiol (CBD) bereitet dem Baseltier SVP-Nationalrat Sorgen. Seit die Bundesbehörden vor einem Jahr erstmals den Verkauf von Hanfblüten als Tabakersatzprodukt bewilligt haben, ist der Markt geradezu explodiert. In Basel schiessen Hanfläden wie Pilze aus dem Boden. Bei der eidgenössischen Zollverwaltung sind schweizweit mittlerweile 250 Hersteller registriert - anfangs Jahr waren es noch 5. Die Hanfzigarette ist nur der bisherige Höhepunkt der plötzlichen Goldgräberstimmung.

Der Kniff: Der berauschende THC-Wirkstoff des gezüchteten Hanfs liegt unter einem Prozent und ist deswegen legal. Was bleibt, ist die entspannende Wirkung des CBD. Nationalrat de Courten stört denn auch weniger der CBD-Hanf an sich, sondern die Gefahr, dass unter dessen Deckmantel berauschender THC-Hanf angebaut wird, dessen Marktwert etwa viermal höher liegt. Für de Courten ist daher absehbar, dass der Weg vom legalen CBD zu illegalem Hanf kurz ist. «Der Bund muss endlich aufwachen.»

Bundesrat will nicht eingreifen

Der Bundesrat sieht das deutlich entspannter. Er sieht keinen Grund einzugreifen, stellt er klar, nachdem sich mehrere kritische SVP-Parlamentarier gemeldet haben. Es lägen keine Hinweise vor, dass der Vertrieb von legalen Cannabis für den Absatz von illegalem Hanf missbraucht wird. Die kantonalen Behörden seien vom Bund sensibilisiert worden und kontrollierten regelmässig, ob die angebotenen Produkte gesetzeskonform sind. Tatsächlich wurden in Basel bisher keine Verstösse festgestellt.

«Die Wahrscheinlichkeit, dass der legale Markt für den Absatz von illegalen Betäubungsmitteln missbraucht wird, darf als gering eingeschätzt werden», denkt der Bundesrat. Immerhin seien die für gewerbmässigen Handel mit illegalen Betäubungsmitteln vorgesehenen Strafen empfindlich. «Und solange die starke Nachfrage nach legalen THC-armem Cannabis anhält, haben die Händler kein Interesse, dieses lukrative Geschäft aufs Spiel zu setzen.»

Unter dem Strich ist der CBD-Hanf für den Bundesrat nichts weiter als ein Tabakersatzprodukt, das denselben Regeln unterliegt wie herkömmlicher Tabak. Demnach muss ein neues Produkt den Behörden gemeldet, mit Warnhinweisen beschriftet und



Schweizweit sind mittlerweile 250 Hersteller registriert - und ein Ende ist vorerst nicht absehbar.

Keystone

«Die Wahrscheinlichkeit, dass der legale Markt für den Absatz von illegalen Betäubungsmitteln missbraucht wird, darf als gering eingeschätzt werden.»

BUNDESRAT

versteuert werden. Allerdings: «Dieser Meldepflicht sind bislang noch nicht alle Marktteilnehmer nachgekommen», räumt die Landesregierung ein. Die verkauften Mengen könnten künftig aber anhand der Besteuerungsdaten eruiert werden. Aufgrund dieser Daten werde das Bundesamt für Gesundheit die Marktentwicklung verfolgen und die Kantone beim Vollzug unterstützen.

Nicht aus Verantwortung stehlen

Thomas de Courten ist damit gar nicht einverstanden. «Der Bundesrat spricht ja selber von einem lukrativen Markt», sagt er. «Es ist offensichtlich, dass das auch dunkle Gestalten anzieht. Wer das nicht erkennt, ist naiv oder verschliesst die Augen davor.» Auch hat der Gesundheitspolitiker keinen Zweifel daran, dass CBD als Einstiegsdroge auf der Hand liegt. Der Umstieg auf illegalen Hanf werde massiv erleichtert. «Der Bund verweist auf die Kantone. Er darf sich hier aber nicht aus der Verantwortung stehlen.» Für de Courten beginnt das bereits bei der Prävention.

Auch das sieht der Bundesrat anders. Spezifische Präventionsmassnahmen lehnt er ab. Das Rauchen von CBD als Tabakersatzprodukt sei ohnehin Gegenstand der Rauchprävention. Eine eigene Kampagne aber sei übertrieben, da es sich doch immer noch um ein «Randphänomen» handle. Wegen hoher Streuverluste hätte eine solche Kampagne ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Zudem bestünde das Risiko, dass eine öffentlichkeitswirksame Kampagne den Neugierkonsum befördern könnte, argumentiert der Bundesrat.

«Entweder sind die Verantwortlichen völlig naiv oder sie verschanzten sich hinter Paragrafen», kontert de Courten. CBD sei sicher kein Randphänomen mehr, wenn es gar von Detailisten angeboten wird. «Die Argumentation strotzt nur so vor Hilflosigkeit.» Der Bund müsse den boomenden Markt nun rasch in den Griff bekommen, um das Gesetz weiter durchsetzen zu können. «Natürlich wäre ein Verbot von CBD illusorisch», weiss auch er. Immerhin aber habe das Volk die Legalisierung von Cannabis bisher stets abgelehnt.

Tramprojekt spaltet SVP

Mehrheit der Basis sagt Nein, viele Landräte aber Ja zum Margarethenstich

VON HANS-MARTIN JERMANN

Mit 11 Ja- zu 57 Nein-Stimmen hat die Basis der Baseltier SVP deutlich die Nein-Parole zum Margarethenstich beschlossen. Überraschend deutlich - denn im Landrat stimmte eine Mehrheit der SVP-Fraktion für den Bau der 365 Meter langen Tramverbindung an der Grenze von Basel und Binningen. Man kann vor der Volksabstimmung vom 24. September durchaus von einer Kluft zwischen Parteibasis und Mandatsträgern sprechen, auch wenn etwa Parteichef Oskar Kämpfer gemeinsam mit der Mehrheit Nein votiert hat.

Eine Frage der Solidarität

Zumindest etwas überraschend zeigt sich auch Kämpfer selbst: «Bisher dachte ich, diese Abstimmung werde ich nicht gewinnen. Doch nach dem ich an unserem Parteitag die Stimmung an der Basis aufgenommen habe, bin ich mir nicht mehr so sicher.» Am Parteitag sorgten nicht zuletzt SVPler aus dem Oberbaselbiet für das deutliche Nein. Dies nach dem Motto: Wenn der Kanton im Oberbaselbiet schon Buslinien

zusammenstreicht, dann müssen wir nicht im Unterbaselbiet ein teures Tramprojekt realisieren. Im Landrat hingegen machten sich just Oberbaselbieter SVPler für den Margarethenstich stark - unter ihnen Susanne Strub aus Häfelfingen. Ein Grund für die Zustimmung liegt auf der Hand: Viele Bürgerliche aus dem oberen Kantonsteil kämpfen mit Rot-Grün für den Erhalt der S-Bahn-Linie 9. Über das sogenannte «Läufelfingerli» stimmt das Volk am 26. November ab.

Susanne Strub und ihre Mitstreiter setzen alles daran, dass in der öV-Debatte «Unter- und Oberbaselbiet nicht gegeneinander ausgespielt werden», wie Strub betont. «Beim Margarethenstich und dem Läufelfingerli müssen wir in die gleiche Richtung ziehen. Die Solidarität im Kanton spielt eine grosse Rolle.» Zudem stellt Strub klar, dass sie als Mitglied der Bau- und Planungskommission von Beginn weg - und damit lange vor der Diskussion um ein Läufelfingerli-Referendum - für den Bau des Margarethenstichs eingestanden sei.

Neben Strub ist ein weiterer bekannter SVPler Mitglied des Komitees «Mar-

garethenstich Ja», sogar im Präsidium: der Oberwiler Gemeindepräsident Hanspeter Ryser. Die Tatsache, dass er sich in der SVP in der Minderheit befindet, kommentiert er so: «Der gesamte Oberwiler Gemeinderat und alle Gemeindepräsidenten des Leimentals denken gleich wie ich.»

Von gutem öV profitiert Strasse

Am SVP-Parteitag hatte der Bottminger Landrat Hanspeter Weibel die Mehrheit hinter sich: Mit dem Margarethenstich werde womöglich eine Verkürzung der Fahrzeit für die Trampendler erwirkt, jene der Autofahrer aber verlängert, sagte er. Dies wegen der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Binningerstrasse/Margarethenstich. Da die Autofahrer in der Mehrheit seien, schade der Margarethenstich dem Leimental.

Das sieht Ryser anders: Der Margarethenstich sei wichtig fürs Tal, weil er eine Direktverbindung an den Bahnhof SBB und an wichtige Arbeitsplatzgebiete im Kleinbasel bringe. Dies sei auch im Interesse der Autofahrer, denn: «Ohne gut funktionierenden öV kollabieren letztlich auch die Strassen.»

Nachrichten

Dachstockbrand nach Blitzeinschlag

Nach einem Blitzeinschlag ist der Dachstock eines Doppelfamilienhauses in Büsserach SO am Donnerstagnachmittag in Brand geraten, wie die Solothurner Polizei am Freitag mitteilte. Die Feuerwehr Büsserach konnte mit Unterstützung der Feuerwehren Breitenbach und Laufen den Brand rasch löschen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren 10 000 Franken. Verletzt wurde niemand. Wegen des örtlichen Gewitters war zeitweise der Strom ausgefallen. (SDA)

Ormalinger «Zigeunerin» kann zügeln

Die Zukunft des Sgraffito «Die Sage von der Zigeunerin» ist gesichert. Das Kunstwerk von Walter Eglin befindet sich noch an der Mauer der alten Ormalinger Turnhalle, die abgerissen wird. Eine Gruppe zur Rettung des Sgraffitos hätte bis Ende Monat Zeit gehabt, das Werk zu entfernen. Weil die Zeit knapp war, willigte laut «Volksstimme» der Gemeinderat ein, die Frist bis 22. September zu verlängern. Die «Zigeunerin» zügelt nun an die Fassade eines Privathauses. (RED)

ABSTIMMUNGSTREND

AHV-Reform: Baselland könnte Ausschlag geben

Dem Baseltier könnte in der anstehenden Volksabstimmung über die AHV-Reform eine ganz besondere, ja historische Bedeutung zukommen: Dieser Meinung ist jedenfalls Lukas Golder vom Berner Meinungsforschungsinstitut GFS. Die in der gestrigen «Tagesschau» von SRF vorgestellten Ergebnisse einer Exklusivumfrage deuten darauf hin, dass die Vorlage in Baselland nicht nur besonders hart umkämpft ist, sondern dass auch ein Nein im Landkanton die ganze AHV-Reform zu Fall bringen könnte: «Nach unseren Berechnungen wird die einzelne Stimme in Baselland besonders viel wert sein», sagt Golder auf Nachfrage der «Schweiz am Wochenende», «entsprechend stark müssen die politischen Meinungsmacher im Abstimmungskampf mobilisieren.»

Das GFS hat in der AHV-Abstimmung Wallis, Tessin, Solothurn, St. Gallen und Baselland als «Swing States» identifiziert. Was bedeutet, dass in diesen fünf Kantonen am 24. September nicht nur mit den knappsten Endergebnissen zu rechnen ist, sondern dass auch jeder einzelne beim Ständemehr das Zünglein an der Waage spielen könnte. Wobei dem Baseltier innerhalb des Swing-State-Quintetts wiederum eine ganz besondere Rolle zufällt: Anders als in den vier vorgenannten Kantonen mit ausgeprägter katholischer Tradition verfügt die Baseltier CVP laut BFS über keine besonders tiefe gesellschaftliche Verwurzelung mehr. Die Christdemokraten jedoch engagieren sich stark für die AHV-Reform. Darüber hinaus hat die Baseltier GLP die Nein-Parole beschlossen. «Ohne genug Ja-Stimmen aus der Mitte wird die Vorlage aber scheitern», stellt Golder fest.

Sollte es in den übrigen Kantonen keine Überraschungen geben - Basel-Stadt zum Ja-Lager gezählt -, und die vier traditionell katholischen Swing States je zur Hälfte ins Ja- und Nein-Lager kippen, würde das Nein aus dem Halbkanton Baselland die Abstimmung entscheiden. Denn dann würden je 11,5 Stände für und gegen die Reform sein, was gleichbedeutend mit der Ablehnung wäre: für den Politologen Golder eine einmalige Affiche, denn ein solches Unentschieden hat seit 1848 noch nie den Ausschlag in einer Abstimmung gegeben. (BOJAN STULA)

Schwarze-Erle-Besetzer sprechen von Einbruch

Zwei Tage nach Beendigung der Besetzung in der Schwarzen Erle melden sich erstmals die Besetzer zu Wort. Sie widersprechen der Polizei und sagen, dass es sich um eine Räumung gehandelt habe. Dass sich der Besitzer Zutritt verschafft hat, wird im anonymen Schreiben als «Einbruch» bezeichnet; bei der Festnahme eines Bewohners soll es sich um eine «Entführung durch die Polizei» gehandelt haben. Das Haus an der Schwarzwalddallee war während zweieinhalb Jahren besetzt. (RED)

Frau in Basler S-Bahn sexuell angegangen

Eine junge Frau mit Trisomie 21 ist in der S-Bahn von Liestal in Richtung Basel/Pruntrut von zwei Unbekannten sexuell belästigt und genötigt worden. Die Polizei sucht Zeugen. Die 21-jährige Frau hatte letzten Samstag um 16.11 Uhr den Zug betreten und wurde auf der Fahrt mehrfach von zwei dunkelhäutigen Männern angegangen, wie die Baseltier Polizei mitteilt. In Aesch konnte sie den Zug verlassen. Die Unbekannten führen weiter. (SDA)